

Wie umgehen mit der aktuellen Flüchtlingsbewegung?

Thorsten Winkelmann/Florian Hübner

Wie kaum ein anderes innenpolitisches Thema der letzten Jahrzehnte sorgen die gegenwärtige Fluchtbewegung von hunderttausenden Menschen aus dem Nahen Osten und Afrika und die damit verbundenen Konsequenzen für die innere Sicherheit für politischen Streit. Ein grundsätzlicher Dissens teilt die deutsche Bevölkerung in zwei numerisch kaum zu quantifizierende Lager: Die einen befürworten die bislang schrankenlose Flüchtlingsaufnahmepolitik, betonen dabei den humanitären Aspekte der Hilfe und engagieren sich vielfach ehrenamtlich bei der Unterbringung, Versorgung und Integration. Andere wiederum hegen grundsätzliche Vorbehalte, sehen durch den Zustrom von mehr als einer Millionen Flüchtlingen allein im Jahr 2015 den sozialen Frieden im Land in Gefahr und verweisen auf bestehende Integrationsschwierigkeiten selbst noch in der zweiten und dritten Einwanderergeneration. Eine neue Dimension erhielt diese Auseinandersetzung durch die Vorfälle in Köln und in anderen deutschen Städten zum Jahreswechsel 2015/16. Gruppen von nordafrikanisch oder arabisch aussehenden Männern, unter ihnen auch Flüchtlinge, sollen Frauen etwa am Kölner Hauptbahnhof sexuell belästigt und bestohlen haben.

1. „Wir schaffen das“

Millionen Menschen sind aktuell auf der Flucht. Allein der syrische Bürgerkrieg mit seinen mehr als 240.000 Toten machte über vier Millionen Menschen heimatlos. Ethische Säuberungen sowie Kriegsverbrechen aller Art werden sowohl vom Assad-



Dr. Thorsten Winkelmann
Institut für Politische Wissenschaft
Friedrich-Alexander-Universität
Erlangen-Nürnberg



Florian Hübner
Master-Student der Nahoststudien
Institut für Politische Wissenschaft
Friedrich-Alexander-Universität
Erlangen-Nürnberg

Regime als auch von den unterschiedlichen Rebellengruppen begangen. Hunger, Folter und Massenerschießungen sind an der Tagesordnung. Auch aus dem Irak, Libyen oder Afghanistan fliehen Menschen vor Verfolgungen. Schutzsuchenden zu helfen, verlangt u.a. das am 28. Juli 1951 verabschiedete „Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge“. Die sog. Genfer Flüchtlingskonvention (GFK) fordert die Signatarstaaten in Art. 2 zur Aufnahme einer Person auf, die *„aus der begründeten Furcht vor Verfolgung wegen ihrer Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen ihrer politischen Überzeugung sich außerhalb des Landes befindet, dessen Staatsangehörigkeit sie besitzt, und den Schutz dieses Landes nicht in Anspruch nehmen kann oder wegen dieser Befürchtungen nicht in Anspruch nehmen will; oder die sich als staatenlose infolge solcher Ereignisse außerhalb des Landes befindet, in welchem sie ihren gewöhnlichen Aufenthalt hatte, und nicht dorthin zurückkehren kann oder wegen der erwähnten Befürchtungen nicht dorthin zurückkehren will.“* Wie Art. 23 GFK hinsichtlich der öffentlichen Fürsorge festlegt, müssen *„die vertragsschließenden Staaten [...] den Flüchtlingen, die sich rechtmäßig in ihrem Staatsgebiet aufhalten, auf dem Gebiet der öffentlichen Fürsorge und sonstigen Hilfeleistungen die gleiche Behandlung wie ihren eigenen Staatsangehörigen gewähren.“*

Weitere Grundsätze, auf die Bundeskanzlerin Angela Merkel in ihrer Sommerpressekonferenz am 31. August 2015 aufmerksam machte, finden sich im Grundgesetz. *„Erstens. Es gilt das Grundrecht politisch Verfolgter auf Asyl. Wir können stolz sein auf die Humanität unsres Grundgesetzes. In diesem Artikel zeigt sie sich ganz besonders. Schutz gewähren wir auch all denen, die aus Kriegen zu uns fliehen. Auch ihnen steht dieser Schutz zu. Der zweite Grundsatz ist die Menschenwürde eines jeden. Das ist ein Grundsatz, den uns schon der Artikel 1 des Grundgesetzes aufgibt. Gleichgültig, ob er Staatsbürger ist oder nicht, gleichgültig, woher und warum er zu uns kommt und mit welcher Aussicht darauf, am Ende eines Verfahrens als Asylbewerber anerkannt zu sein – wir achten die Menschenwürde jedes Einzelnen, und wir wenden uns mit der ganzen Härte unseres Rechtsstaates gegen die, die andere Menschen anpöbeln, die andere Menschen angreifen, die ihre Unterkünfte in Brand setzen oder Gewalt anwenden wollen. Wir wenden uns gegen die, die zu Demonstrationen mit ihren Hassgesängen aufrufen.“* Für die Aufnahme von Flüchtlingen spreche nach Auffassung der Bundeskanzlerin folgendes: *„Unsere Wirtschaft ist stark, unser Arbeitsmarkt ist robust, ja sogar aufnahmefähig. Denken wir an den Bereich der Fachkräfte. Wenn so viele Menschen so viel auf sich nehmen, um ihren Traum von einem Leben in Deutschland zu erfüllen, dann stellt uns das ja nun wirklich nicht das schlechteste Zeugnis aus. Unsere Freiheit, unser Rechtsstaat, unsere wirtschaftliche Stärke, die Ordnung, wie wir zusammenleben – das ist es, wovon Menschen träumen, die in ihrem Leben Verfolgung, Krieg, Willkür kennengelernt haben. Die Welt sieht Deutschland als ein Land der Hoffnung und der Chancen, und das war nun wirklich nicht immer so.“* Und weiter: *„Ich sage ganz einfach: Deutschland ist ein starkes Land. Das Motiv, mit dem wir an diese Dinge herangehen, muss sein: Wir haben so vieles geschafft – wir schaffen das! Wir schaffen das, und dort, wo uns etwas im Wege steht, muss es überwunden werden, muss daran gearbeitet werden.“*

<http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Mitschrift/Pressekonferenzen/2015/08/2015-08-31-pk-merkel.html>

Günter Burkhardt, der Chef der Menschenrechtsorganisation „Pro-Asyl“, fordert seit Jahren die Öffnung der Grenzen für Flüchtlinge. Im Interview mit der Tageszeitung

„Die Welt“ führt er hierzu aus: *„Bei Flucht vor Krieg, Terror und Verfolgung gibt es keine Obergrenze. Niemand darf in eine Situation zurückgewiesen werden, wo ihm Folter, unmenschliche Behandlung und Gefahr für Leib und Leben drohen. Das garantiert die Europäische Menschenrechtskonvention [...]. Das Entscheidende ist nicht, wie viele Flüchtlinge kommen, sondern ob es gelingt, sie zu integrieren, ihnen die Sprache zu vermitteln, sie in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Deutschland überaltert und braucht Zuwanderung. Es ist möglich, mehr Menschen aufzunehmen, wenn man sich als Gesellschaft darauf einstellt und Integration organisiert.“*

<http://www.welt.de/politik/deutschland/article143755570/Bei-Fluechtlingsaufnahme-gibt-es-keine-Obergrenze.html>

2. „Wir schaffen das nicht“

Da die Flüchtlingskrise Dimensionen einer „Völkerwanderung“ annehme, werden Rufe nach neuen legislativen Maßnahmen laut. Vor allem die deutsche Asyl- und Zuwanderungspolitik steht in der Kritik, wie Ulrich Clauß in der Tageszeitung „Die Welt“ ausführte: *„Eine gesinnungsethisch begründete Asylpolitik, so verständlich ihr geschichtspolitischer Hintergrund sein mag, taugt nicht zum Management einer Einwanderungsgesellschaft. Die Erkenntnis aber wird konsequent beschwiegen. Die Folge sind verdrückte Debatten über Obergrenzen und Kontingente, die allesamt auf unrealistischen europapolitischen Voraussetzungen fußen und deshalb zu gar nichts führen können. Bevor die Deutschen in ihrer Gesamtheit in der Lage sind, ein fruchtbares Integrationsgespräch mit den Neubürgern aufzunehmen, müssen sie unter sich selbst einen tragfähigen Konsens darüber herstellen. Ein solcher Konsens setzte voraus, das Tätertrauma aus der Nazi-Zeit, welches im Grundgesetz-Asyl-Artikel 16 Gestalt annahm, zu rationalisieren und endlich das uneinlösbare unbegrenzte Aufnahme-Versprechen zurückzunehmen.“*

<http://www.welt.de/debatte/kommentare/article149383351/Merkel-zerreisst-mit-ihrer-Politik-das-Land.html>

Im Interview mit dem Deutschlandfunk fordert etwa der CSU-Politiker Hans-Peter Uhl eine Reform des Asylrechts mit dem Ziel, das bisherige Verfahren zu straffen. So ist *„unser Asylrecht, das Asylverfahrensrecht nicht geeignet, einen Zustrom von einer Million Menschen in einem Jahr zu bewältigen. Unser Asylverfahrensrecht ist so angelegt, dass der Asylantragsteller ins Verfahren kommen muss, und es ist geeignet, durch Missbrauch zu Verzögerungen zu führen, und bei einer Million Menschen, die nur ein Interesse haben, hier bleiben zu können, die sind natürlich geneigt, mit ihren Anwälten das Verfahren zu verschleppen. Das heißt, eine Million neue Verfahren können nicht bewältigt werden.“*

http://www.deutschlandfunk.de/fluechtlingspolitik-wir-schaffen-es-nicht.694.de.html?dram:article_id=331358

Konkreter wird die sog. „Berliner Erklärung“ vom November 2015, in der unionsinterne Kritiker von Angela Merkels Flüchtlingspolitik ihre Positionen formuliert haben. Demnach muss

- *„die Aufenthaltsbeendigung bei Schutzsuchen, die straffällig werden, [...] deutlich erleichtert werden.“*

- *Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) muss personell so aufgestellt werden, dass eine zeitnahe Stellung der Asylanträge stattfindet und die durchschnittliche Bearbeitungszeit der Asylanträge auf drei Monate verkürzt wird.*
- *Der Personalkörper der Bundespolizei ist so auszustatten, dass er seine Aufgaben auch künftig in vollem Umfang erfüllen kann. [...]*
- *Der Familiennachzug bei subsidiär Schutzberechtigten ist entsprechend des Beschlusses der Parteivorsitzenden vom 5. November 2015 für zwei Jahre auszusetzen.*
- *Bei allen Flüchtlingen ist ein individuelles Verfahren mit persönlicher Anhörung durch das BAMF durchzuführen. Keine Personengruppe darf pauschal als Flüchtlinge nach der Genfer Flüchtlingskonvention anerkannt werden.“*

http://www.focus.de/politik/deutschland/berliner-erklaerung-im-wortlaut-diese-forderungen-stellen-die-innenpolitiker-von-cdu-und-csu_id_5116950.html

3. Islamisierung des Abendlandes?

Die mit der Zuwanderung aus arabisch-islamischen Ländern verbundenen Konsequenzen für die freiheitlich-demokratische Grundordnung wird ebenfalls problematisiert. In der bereits zitierten „Berliner Erklärung“ heißt es etwa, *„für einen Islam, der die aus der christlich-jüdischen Tradition und dem christlichen Menschenbild sowie der Aufklärung abgeleiteten Werte unserer Gesellschaft in Frage stellt, ist kein Platz in Deutschland. Zwangsheirat, Ehrenmorde und die Vollverschleierung von Frauen werden wir nicht dulden. Die Scharia ist nicht mit dem Grundgesetz vereinbar. Wer die Geltung des Grundgesetzes nicht anerkennt, hat in unserer Gesellschaft keinen Platz.“*

http://www.focus.de/politik/deutschland/berliner-erklaerung-im-wortlaut-diese-forderungen-stellen-die-innenpolitiker-von-cdu-und-csu_id_5116950.html

Von Teilen der Publizistik werden die gesellschaftlichen Konsequenzen der bisherigen Flüchtlingspolitik der Großen Koalition benannt. *„In das Vakuum, das mangelnder Realitätssinn und vorenthaltene Informationen über die materiell unweigerlichen Konsequenzen der aktuellen Flüchtlingspolitik haben entstehen lassen, drängen radikale und populistische Akteure. Mindestens ebenso besorgniserregend ist die wachsende Politikverweigerung all jener, die weder in der großen Flüchtlingskoalition noch in den rechtspopulistischen Wutbürgern eine angemessene Option sehen. Diese politische Heimatlosigkeit führt unmittelbar zu Politikverdrossenheit [...]“* Und weiter: *„Wenn Ethik auf Wirklichkeit trifft, stellt sich schnell heraus, dass auch die nobelste Haltung keine Wohnungen baut und keine Arbeitsplätze schafft. Eine Grenzöffnung mag per Order des Kanzleramts durchzusetzen sein. Für die Integration von Millionen Flüchtlingen ist die Befehlsform unangemessen und schlicht falsch. Dafür braucht es den breiten Konsens. Noch gibt es keinen Beweis, dass die derzeitige Zuwanderungspolitik zu schaffen ist. Kann er aber nicht erbracht werden, hat das Folgen für das Vertrauen der Bürger in die gesamte staatliche Ordnung. Dann scheitert nicht nur die Kanzlerin, dann scheitert, was Deutschland ausmacht und zusammenhält.“*

<http://www.welt.de/debatte/kommentare/article149383351/Merkel-zerreisst-mit-ihrer-Politik-das-Land.html>

Nach Auffassung des ehemaligen Bundesinnenministers Hans-Peter Friedrich (CSU) sei angesichts der Vorkommnisse in Köln in der Silvesternacht der *„gesellschaftlichen Zusammenhalt und das Vertrauen der Bürger in den Staat gefährdet. Wenn jetzt die unkontrollierte Zuwanderung nicht gestoppt wird, ist der soziale Friede in Gefahr. Das sind tatsächlich Dinge, die geeignet sind, das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit des Staates zu erschüttern. Und das kann zu einer grundsätzlichen Staatskrise führen.“*

<http://www.welt.de/politik/deutschland/article150897903/Friedrich-sieht-sozialen-Frieden-in-Gefahr.html>

So entstehen in deutschen Städten sogenannte No-go-Areas, in denen das staatliche Gewaltmonopol in Frage gestellt wird. Deutlicher wird der ehemalige Präsident des Bundesverfassungsgerichts Hans-Jürgen Papier im Handelsblatt vom 12. Januar 2015. Demnach offenbart *„die Flüchtlingskrise ein eklatantes Politikversagen. Noch nie war in der rechtsstaatlichen Ordnung der Bundesrepublik die Kluft zwischen Recht und Wirklichkeit so tief wie derzeit. Das ist auf Dauer inakzeptabel.“* Auf die Frage *„Welche Grenzen hat die Bundesregierung überschritten?“*, antwortet Papier: *„Die engen Leitplanken des deutschen und europäischen Asylrechts sind gesprengt worden. Bestehende Regelungen wurden an die Wand gefahren. Die Asyl- und Flüchtlingspolitik krankt seit langem daran, dass man es versäumt hat, zwischen dem individuellen Schutz vor Verfolgung einerseits und der gesteuerten Migrationspolitik für Wirtschaftsflüchtlinge andererseits zu unterscheiden. Letzteres erfolgte nicht aufgrund rechtlicher Verpflichtungen, sondern aufgrund politischer Ermessensentscheidungen, die aus humanitären Gründen oder einer vorsorgenden Zuwanderungspolitik getroffen werden könnten.“* Seiner Meinung nach hat sich Deutschland verhoben: *„Leider ist viel Zeit durch gut gemeinte Appelle, vor allem solche an die europäische Solidarität, durch halbherzige und völlig ungeeignete Reaktionen oder abstruse Reaktionsvorschläge vergeudet worden. Ein Umsteuern ist darum unausweichlich. Der Verfassungsstaat muss funktionieren, er darf durch die Politik nicht aus den Angeln gehoben werden. Sie hat die zentrale Verpflichtung, Gefahren entgegenzutreten, die durch eine dauerhafte, unlimitierte und unkontrollierte Migration in einem noch nie da gewesenen Ausmaß nach Deutschland entstehen können.“* Vor allem kritisiert Papier, dass die Politik den Verfassungsstaat aushöhlt: *„Es geht um die zentrale Verpflichtung der Politik, rechtzeitig möglichen Gefährdungen der verfassungsstaatlichen Souveränität und Funktionsfähigkeit, der Rechts- und Sozialstaatlichkeit zu begegnen. Wenn über das Asylrecht Migrationspolitik betrieben wird, dann geht das am Gesetz vorbei. Auch das Prinzip der Sozialstaatlichkeit ist betroffen. Der deutsche Staat ist verpflichtet, allen, die hier bei uns leben, ein menschenwürdiges Dasein zu sichern. Unkontrollierte Migration macht die Erfüllung dieser Forderung nahezu unmöglich. Auch drohen die Tendenzen vermehrter Freiheitsbeschränkungen, etwa durch elektronische Überwachungen, zuzunehmen. Es geht auch ganz allgemein um die Herrschaft des Rechts. Von diesem Postulat wird man immer gewisse Abstriche machen müssen. Aber auf Dauer darf das Maß nicht überschritten werden.“*

<http://www.handelsblatt.com/my/politik/deutschland/interview-mit-hans-juergen-papier-unbegrenzte-einreise-ist-ein-fehler/12818108.html>

Vor den gesellschaftlichen Folgen der Fluchtbewegung vornehmlich von Männern aus Kulturkreisen, in denen die Emanzipation bzw. Gleichberechtigung von Frauen von den hiesigen Standards abweicht, warnt die Frauenrechtlerin Alice Schwarzer. *„Diese jungen Männer sind das triste Produkt einer gescheiterten, ja nie auch nur wirklich*

angestrebten Integration. Sie sind das Produkt einer falschen Toleranz, in der fast alle – Menschen, Medien, Kirchen und Politik – unsere Demokratie, unseren Rechtsstaat, unsere Gleichberechtigung infrage stellen, ja mit Füßen haben treten lassen, zugunsten „anderer Sitten“ bzw. einer ominösen „Religionsfreiheit“ – in deren Namen man Parallelwelten entstehen ließ und nicht auf Integration bestand. Als hätte dieser Fanatismus etwas mit Glauben zu tun. [...] Und übrigens, kleiner Hinweis an die selbstgerechten „Anti-Rassisten“ vom Dienst: Mit dem blauäugigen Import von Männergewalt, Sexismus und Antisemitismus gefährden wir nicht nur unsere eigene Sicherheit und Werte; wir tun auch diesen verrohten jungen Männern unrecht, die ja nicht als Täter geboren sind. Sie sind geprägt von den Erfahrungen eines traditionell gewalttätigen Patriarchats innerhalb der Familie sowie der Bürgerkriege auf den Straßen, was sie zu Tätern wie Opfer gemacht hat. Wenn wir sie nun bei uns aufnehmen, haben auch sie das Recht darauf, eine Chance zu bekommen: die Chance, anständige Menschen zu werden. Was allerdings ebenso die Pflicht zur Integration bedeutet.“

<http://www.aliceschwarzer.de/artikel/das-sind-die-folgen-der-falschen-toleranz-331143>

Im Interview mit der Zeitschrift „EMMA“ führt der Autor Ahmad Mansour aus, dass religiöser Extremismus bei der Segregation der Geschlechter anfängt. „Spätestens seit den Attentaten in Paris begreifen wir, wie oberflächlich die Politik bisher agiert hat und wie sehr man auf Aktionismus setzt. Man reagiert immer erst, wenn es knallt. Da heißt es dann, das wären bedauerliche Einzelfälle und das hätte mit dem Islam gar nichts zu tun. Aber wir hätten längst darüber reden müssen, warum und in welchem Ausmaß sich Jugendliche, die in diesem Land aufgewachsen sind, von unseren Werten entfernt haben. Es findet keine Debatte über die Ursachen statt. Eine flächendeckende Strategie, mit der wir diese Menschen erreichen, bevor sie sich radikalieren, gibt es nicht. [...] Unser Problem sind eben nicht nur Hassprediger und Salafisten. Wir müssen viel früher anfangen, nämlich bei einem problematischen Islamverständnis. Ich spreche von Geschlechtertrennung und Tabuisierung der Sexualität, von Buchstabengläubigkeit und von Angstpädagogik, von einem patriarchalen Gott, der genauso funktioniert wie der Vater: Er straft und lässt nicht mit sich diskutieren. Da gibt es keinen Platz für Zweifel und Selbstentfaltung. Ich rede von einem Opferdiskurs und von Feindbildern: Der Islam ist nur Opfer, der Westen und die Juden sind die Täter. Wer so ein Islamverständnis predigt, schafft die Basis für eine Radikalisierung. Die Islamisten haben nichts Neues erfunden. Sie bauen auf dem auf, was die Jugendlichen zu Hause oder in manchen Moscheen sowieso schon gehört haben und treiben es auf die Spitze.“

<http://www.emma.de/artikel/islamisten-sind-rassisten-331083>

Auf die Frage, „Müssen die Frauen irgendwas beachten?“, antwortet CSU-Vizechefin und Vorsitzende des CSU-Europagruppe Angelika Niebler mit einem „klaren Nein. Es kann nicht sein, dass die Frauen ihr Verhalten anpassen. Wer hierherkommt, muss unsere Werte respektieren. In Bayern werden die Frauen weiter Dirndl tragen, in den Schulen die Mädchen weiter Miniröcke. Wenn das nicht mehr gewährleistet ist, dann ist das nicht mehr mein Land. Dann geht ein Stück Identität verloren.“

<http://www.welt.de/politik/deutschland/article150888982/Ohne-Dirndl-und-Minirock-ist-das-nicht-mein-Land.html>

Um Vorkommnisse wie in Köln zu vermeiden, empfiehlt hingegen die Kölner Oberbürgermeisterin Henriette Reker Frauen, eine Armlänge Abstand zu Fremden zu halten:

Es gebe *„immer eine Möglichkeit, eine gewisse Distanz zu halten, die weiter als eine Armlänge betrifft. Also von sich aus gar nicht eine große Nähe zu suchen zu Menschen, die einem fremd sind und zu denen man kein gutes Vertrauensverhältnis hat.“*

<http://www.bento.de/today/einearmlaenge-empfehlungen-der-koelner-oberbuergermeisterin-reker-werden-zum-meme-240577/>

Solche Lösungsvorschläge gehen nach Auffassung der Autorin Güner Balci an den eigentlichen Problemen vorbei, denn *„der Islam hat genau diese Sexualisierung der Frau und auch diese Abwertung der Frau festgesetzt. Wenn der Koran und die Hadithe die Leitlinien für Muslime sind, dann muss ich sagen, dass ein großer Teil von dem, was dort steht, einfach nur frauen- und menschenfeindlich ist. Und natürlich ist deswegen auch der unkritische, unreflektierte Umgang mit dem Islam ein Problem, denn er bekämpft die liberale, offene Gesellschaft.“* Dabei gehe es im Kopf des muslimischen Mannes *„immer nur um Sex. Diese Obsession mit dem Sex ist eine, die extrem verbreitet ist in patriarchalischen Gesellschaften. Und es dreht sich nur um die Kontrolle der Frau und die Sanktionierung von Sex und darum, wie man ihn dennoch heimlich ausleben kann. Ich meine, die jungen Männer gehen in den Dschihad, um Sexsklavinnen zu haben, das ist für viele einer der größten Anreize. Vielleicht überschätzen wir auch einfach Männer.“*

<http://www.welt.de/politik/deutschland/article150929502/Das-archaische-Frauenbild-bedroht-uns-alle.html>

4. Konsequenzen für die Innere Sicherheit

Aus Sicht von Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) ist die innere Sicherheit trotz der Flüchtlinge nach wie vor gesichert. Im Interview mit der Thüringischen Landeszeitung antwortete er am 9. Oktober 2015 auf die Frage, „ob Deutschland ein sicherer Ort bleibt“, wie folgt: *„Ja. Aber wir waren und sind im Fokus des internationalen Terrorismus. Wir hatten Anschlagversuche, man denke nur an die sogenannte Sauerlandgruppe. Dass es in Deutschland nicht zu großen Anschlägen gekommen ist, haben wir der Tüchtigkeit der Sicherheitsbehörden zu verdanken, und es war auch Glück dabei. Niemand kann absolut ausschließen, dass es auch mal anders ausgeht. Es gab und es gibt Hinweise von Nachrichtendiensten aus dem Ausland, dass sich Terroristen unter die Flüchtlinge mischen. Das zeigt, wie wichtig die Zusammenarbeit mit anderen Nachrichtendiensten ist, auch wenn sie zum Teil aus Staaten kommen, die nicht ganz unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung haben. Wir nehmen all diese Hinweise ernst und gehen ihnen nach. Bisher hat sich keiner dieser Hinweise irgendwie bewahrheitet.“* Wie der Innenminister weiter fortfährt, sind bislang keine Asylbewerber unter Terrorverdacht festgenommen worden. *„Wir sind in diesen Fragen aber insgesamt sehr wachsam. Wir wollen Verfahren beschleunigen und tun das auch. Aber bei der Feststellung der Identität müssen wir sehr sorgfältig sein – gerade wenn die Menschen aus Krisengebieten kommen. Die Befragung von Flüchtlingen ist ebenfalls von großem Wert auch für Erkenntnisse über die Situation in den Herkunftsländern.“*

<http://www.tlz.de/startseite/detail/-/specific/De-Maizi-re-Terroristen-mischen-sich-unter-Fluechtlinge-920507019>

Hingegen stellt der bayerische Finanzminister Markus Söder in einem Interview mit der Tageszeitung „Die Welt“ einen Zusammenhang zwischen der gegenwärtigen Zuwanderung und Gefährdungen für die Innere Sicherheit her. Unter dem Eindruck der terroristischen Anschläge von Paris am 13. November 2015 sagte er, *„Es beginnt eine neue Ära: Der Kontinent muss sich besser schützen vor Feinden, die vor nichts zurückschrecken. Die Zeit unkontrollierbarer Zuwanderung und illegaler Einwanderung kann so nicht weitergehen. Paris ändert alles.“*

<http://www.welt.de/politik/deutschland/article148851433/Angela-Merkel-soll-Fehler-einraeumen.html>

Demgegenüber wertet Jakob Augstein in seiner wöchentlich in Spiegel Online erscheinenden Kolumne „Im Zweifel links“ die Aufnahme von Flüchtlingen langfristig als erfolgversprechende Strategie im Kampf gegen den radikalen Islam. *„Als Deutschland und Schweden im Sommer damit begannen, große Zahlen muslimischer Flüchtlinge aufzunehmen, hatte das historische Bedeutung: Es war ein Werk der tätigen Versöhnung zwischen Orient und Okzident. Nie hat der Westen dem Islamismus eine größere Niederlage beigebracht als in dem Moment, da er den unter Krieg und Terror leidenden Muslimen Schutz gewährte. Man kann sich vorstellen, dass die Schergen des IS von diesem entwaffnenden Akt der Selbstlosigkeit schockiert waren. Nichts ist für sie gefährlicher, als der Verlust des Feindes.“*

<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/krieg-gegen-terror-wir-sind-der-gegner-kolumne-a-1062979.html>

Insofern liegt seiner Meinung nach die wahre Herausforderung in der Integration, die die beste Prävention gegenüber Terrorismus sei. Für die AfD-Fraktion im Brandenburger Land sind indes die Anschläge von Paris ein Fanal: *„Aber wir müssen auch offen darüber sprechen, wie es so weit kommen konnte. Denn schon frühzeitig wurde davor gewarnt, dass im unendlichen Strom derer, die in Europa Asyl fordern, auch solche sein können, die Terror und Vernichtung über unseren Kontinent, über unser Land bringen wollen. ‚Schläfer‘ oder ‚zurückkehrende Kämpfer‘ des islamischen Terror-Staats könnten durchaus den Flüchtlingsstrom nutzen, um unerkannt zu uns zu kommen und dann auf Kommando zuzuschlagen. [...] Mutmaßlich IS-Terroristen sprengten sich in die Luft, schossen auf Dutzende unschuldige Menschen, warfen Sprengsätze. Jetzt, wo der vermutlich islamistische Terror erneut zugeschlagen hat, macht Frankreich seine Grenzen zu. Jetzt wo über 160 Unschuldige ihr Leben gelassen haben. Wir Deutschen dürfen es soweit nicht kommen lassen. Schließen wir unsere Grenzen. Jetzt sofort. Besetzen wir alle ehemaligen Grenzübergänge unverzüglich und beginnen wir, die grüne Grenze zu sichern. Stoppen wir den Zustrom von Asylforderern und sehen wir uns ganz genau an, wer im Moment in unserem Land ist. Wenden wir die Gesetze konsequent an.“*

<https://www.facebook.com/afdfraktion/posts/1642817209334157:0>